

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Entwicklungen in Brasilien.....	2
Kátia Abreu wird neue Agrarministerin in Dilmas neuem Kabinett.....	2
Soja Moratorium doch noch einmal verlängert.....	3
Studie: Agro-Sprit bekämpft keinen Hunger.....	4
Die Klimaerwärmung als Lügenkonstrukt des globalen Nordens.....	8
Schwerpunktthema: Ernährungssouveränität in Brasilien.....	10
Von Ernährungssicherheit zu Ernährungssouveränität.....	10
PPA - Programa de Aquisição de Alimento.....	12
Solidarische Landwirtschaft in Brasilien: Solidarität, Gegenseitigkeit und Gemeinschaftsgefühl.....	14
Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales.....	18
„Die Landfrage ist entscheidend!“	18
Bildungstage zu Ernährungssouveränität in Berlin.....	19
Wir haben es satt! - Demonstration gegen Tierfabriken.....	20

Aktuelle Entwicklungen in Brasilien

Kátia Abreu wird neue Agrarministerin in Dilmas neuem Kabinett

Ende Dezember präsentierte Brasiliens wiedergewählte Präsidentin Dilma Rousseff ihr Kabinett mit 13 Ministerinnen und Ministern. Die Besetzung des Landwirtschaftsministeriums hat dabei starken Protest unter anderem von der Landlosenbewegung (MST) ausgelöst. Seit dem 1. Januar führt die ehemalige Präsidentin des Brasilianischen Verbands für Landwirtschaft und Viehzucht (CNA) Kátia Abreu das Landwirtschaftsministerium. Die ehemalige Viehzüchterin gilt als scharfe Kritikerin des Waldschutzgesetzes und hat bereits viermal die Parteizugehörigkeit gewechselt. Im Jahr 2010 bekam Abreu, die von sozialen Bewegungen "Miss Abholzung" getauft wurde, für ihr Wirken von Greenpeace Brasilien die "Goldene Kettensäge" verliehen.

Sie spricht sich für den Straßenbau im Amazonasgebiet aus und befürwortet die Verwendung von genmanipuliertem Saatgut.

In einem ihrer ersten Interviews als Agrarministerin behauptete Abreu, dass es in Brasilien keine Latifundien mehr gäbe und die Konflikte im Amazonasgebiet durch die Indigenen geschürt würden. Diese verließen nämlich ihre Wälder und beanspruchten produktives Ackerland für sich. Dass auf diesem Ackerland noch vor wenigen Jahrzehnten Wälder standen, verschweigt die Ministerin wohlweislich.

Mehr Informationen:

- <https://amerika21.de/2014/12/110214/kritik-katia-abreu>
- <https://tbauerblog.wordpress.com/2015/01/08/beise-nie-in-die-hand-die-dich-futtert/>

Soja Moratorium doch noch einmal verlängert

Das 2006 verhängte Soja-Moratorium zur Bekämpfung der Regenwaldabholzung für den Sojaanbau in Brasilien wird entgegen vorheriger Beschlüsse nun doch bis Mai 2016 verlängert. Das hat die zuständige *Grupo de Trabalho da Soja - GTS*, bestehend aus Vertreter*innen der nationalen Dachverbände der Pflanzenölindustrie (Abiove) und der Getreideexporteure (Anec) sowie des brasilianischen Umweltministeriums und von Nichtregierungsorganisationen (NGO) in Brasília entschieden.

Bis zum Ende des Moratoriums im Mai 2016 soll kein Soja gehandelt werden, das auf ehemaligen Regenwaldflächen angebaut wurde, die nach Juli 2008 gerodet wurden. Die Einhaltung der Vereinbarung soll anhand von Satellitendaten überprüft werden.

Umweltschutzverbände begrüßten zwar die Verlängerung des Moratoriums, fordern aber gleichzeitig einen langfristig angelegten Schutz der Regenwaldflächen.

Noch im Februar 2014 hieß es, dass das Moratorium zum Jahresende auslaufen würde. Die brasilianischen Umweltgesetze seien inzwischen so stark, dass sie zur Sicherstellung des Regenwaldschutzes ausreichen und das Moratorium daher überflüssig machten, hieß es zur Begründung. Dies steht in krassem Gegensatz zur Einschätzung des neuen *Codigo Florestals* durch Umweltverbände. Das neue Waldschutzgesetz wurde als Freibrief für illegale Holzfäller bezeichnet, gewährt eine Amnestie für einen Großteil der bisherigen Rodungen und reduziert den Anteil geschützter Flächen auf Privatbesitz im Amazonasgebiet.

Dass in Brasilien die Regenwaldabholzung voranschreitet, zeigen aktuelle Zahlen des Umweltministeriums in Brasília. Den Angaben zufolge wurden zwischen August 2013 und Juli 2014 landesweit zwar 18% weniger Regenwald gerodet als im vorangegangenen Beobachtungszeitraum; die insgesamt zerstörte Waldfläche betrug aber immer noch insgesamt 4.848 km².

Studie: Agro-Sprit bekämpft keinen Hunger

Am 16. Oktober veröffentlichten die NROs FASE und ActionAid eine Studie mit dem Titel „*Biocombustíveis: energia não mata a fome*“ heraus. In der Studie werden die Auswirkungen der Agro-Energieproduktion auf die Gemeinde Mirassol d'Oeste in Mato Grosso untersucht.

Zunächst beschreibt die Studie den weltweiten Kontext der Agro-Sprit Situation und die Verortung Brasiliens im Weltmarkt. Brasilien ist mit einer Produktion von 670 Millionen Tonnen weltweit der mit Abstand größte Produzent von Zuckerrohr. Gut die Hälfte dieses Zuckerrohrs wird im Bundestaat São Paulo angebaut. Obwohl Brasilien beinahe doppelt so viel (190 %) Zuckerrohr produziert wie Indien, liegt die Zuckerproduktion mit 140 % nur wenig höher als in Indien. Das bedeutet, dass ein großer Teil des Zuckerrohrs zur Produktion von Ethanol verwendet wird.

Safra	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	Milhões de toneladas	% do total mundial
Produção						
Brasil	38,4	36,2	38,6	37,8	670,7	37.8%
Índia	26,6	28,6	27,3	27,0	347,9	19.6%
União Europeia	15,9	18,3	16,7	16,1	123,4	6.9%
China	11,2	12,3	14,0	14,3	96,5	5.4%
Tailândia	9,7	10,2	10,0	11,4	58	3.2%
Estados Unidos	7,1	7,7	8,1	7,7		
México	5,5	5,4	7,4	6,7		
Outros	39,0	34,7	31,2	32,3		
Total	153,4	153,4	153,3	153,3		

Zuckerrohrproduktion, Quelle: FAOStat

Zuckerproduktion, Quelle: USDA

Durch Beimischungsrichtlinien sowohl innerhalb Brasiliens als auch in der EU und aufgrund von Steuervergünstigungen für Ethanol-betriebene Fahrzeuge stieg die Produktion von Agrotreibstoffen bis 2008 massiv an. Im Zuge der globalen Wirtschaftskrise 2009 und dem Anstieg der US-Schiefergasproduktion schrumpfte der internationale Bedarf an Ethanol beträchtlich, was zu einem enormen Rückgang in der Produktion von Zuckerrohr und zur Schließung von 44 Ethanol-Fabriken in Brasilien führte. Durch den weiterhin fallenden Rohölpreis wird auch für die nahe Zukunft keine Trendwende in diesem Gebiet erwartet und 2014 wird mit einem Exportvolumen auf dem Niveau von 2006 gerechnet. Allerdings versucht die Regierung mit zusätzlichen Steuern auf Benzin diesem Trend entgegenzuwirken.

Ein weiteres wichtiges Agroindustrieprodukt ist die Sojabohne. Nach den USA ist Brasilien der größte Produzent und Exporteur von Soja. Die beiden Länder repräsentieren gemeinsam mit Argentinien und Paraguay 90 % des weltweiten Sojaexports. Die Hauptimporteure des Sojas sitzen hingegen in Asien und Europa. Mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche Brasiliens ist mit Soja bepflanzt, ein Schwerpunkt der Produktion liegt in Mato Grosso. Auch Soja wird in Brasilien zur Produktion von „Biodiesel“ verwendet. Obwohl das Landwirtschaftsministerium versucht hat, die Rohstoffe vornehmlich aus familiären Landwirtschaftsbetrieben zu beziehen, betrug deren

Anteil 2013 nicht mehr als 3,9 %. Zwischen 2010 und 2013 hat sich die Anzahl der beteiligten Familienbetriebe von 104.295 auf nur noch 83.745 Betriebe verringert. Die Rohstoffe der Agrotreibstoffe stammen also größtenteils und in zunehmendem Ausmaß aus agrarindustrieller Produktion.

Im weiteren Verlauf der Studie werden die Auswirkungen der monokulturellen Agrarindustrie auf die Lebensmittelproduktion im Bundesstaat Mato Grosso untersucht.

In Mato Grosso befindet sich 57 % der brasilianischen Baumwollproduktion. Außerdem findet 28 % der Sojaproduktion und 20 % der Maisproduktion in Mato Grosso statt.

Um die Produktion von Ethanol zu flexibilisieren, haben zwei Fabriken in Mato Grosso Anlagen eingerichtet, die eine Ethanolproduktion aus Mais ermöglichen. Dadurch möchte sich der Bundesstaat gegenüber starken Preisschwankungen auf dem Weltmarkt absichern. Die Expansion des Zuckerrohrs wird derzeit noch durch ein Präsidialdekret (6.961/2009) aus dem Jahr 2009 verhindert. Die Agrarlobby arbeitet aber mit Hochdruck daran, die Beschränkungen aufzuheben.

Während die Produktion von Monokulturen seit der Jahrtausendwende sprunghaft angestiegen ist, fiel die Produktion von Grundnahrungsmitteln stark ab. Seit der Nahrungsmittelkrise 2009 gab es zwar eine leichte Erholung der Bohnenproduktion, aber die Lebensmittelversorgung der urbanen Bevölkerung wird zu einem großen Teil durch weit entfernte Verteilungszentren gewährleistet.

Die familiäre Landwirtschaft vor Ort hat Schwierigkeiten, den Bedarf an Grundnahrungsmitteln zu decken, weil entsprechende Regierungsprogramme fehlen oder fehlgeleitet sind und die Agroindustrie auf den massiven Einsatz von Herbiziden und Fungiziden in ihren Monokulturen setzt, durch die die Pflanzungen der Familienbetriebe beeinträchtigt werden. Im Bundesstaat Mato Grosso werden knapp ein Viertel aller Agrargifte Brasiliens verwendet. Dabei ist zu beachten, dass Brasilien der größte Konsument von Agrargiften weltweit ist.

Die Agrarindustrie verschmutzt mit ihren Agrargiften allerdings nicht nur das Grundwasser und die Trinkwasserquellen der lokalen Bevölkerung, sondern kontaminiert drei großen Grundwassersysteme Brasiliens.

Die relativ starke Präsenz der Zuckerrohrproduktion/von Zuckerrohr sowie der weit verbreitete Sojaanbau machen die Gemeinde Mirassol d'Oeste zu einem geeigneten Standort, um die Auswirkungen von Monokulturen auf die Produktion von Lebensmitteln zu untersuchen. Von den 25.000 Einwohner*innen der Gemeinde leben 80 % im urbanen Raum.

Nach einem kurzen historischen und ökonomischen Überblick über die Gemeinde wird die Ankunft der Agroindustrie in der Mitte der 1980er Jahre beschrieben. Durch politisch ungünstige Umstände brach die Zuckerrohrproduktion in den 90er Jahren zusammen, bis

sie 2003 wieder aufgenommen wurde. Bis 2009 stieg die Anbaufläche von Zuckerrohr stetig an, bis sie durch das oben erwähnte Präsidialdekret limitiert wurde.

Die Einschränkung des Zuckerrohranbaus hatte allerdings zur Folge, dass sich die Anbaufläche von Soja zwischen 2009 und 2012 verdreifacht hat. Gleichzeitig zum Anstieg der Zuckerrohr- und Sojaproduktion brach der Anbau von Reis und Bohnen praktisch komplett zusammen, wenn man von einer kurzen Erholungsphase 2009 absieht.

Durch die Erschließung des Bundesstaats Mato Grosso für die Landwirtschaft kamen auch tausende Landarbeiter in die Region und organisierten, unterstützt von der MST, Landbesetzungen, aus denen drei Siedlungen hervorgingen, in denen etwas mehr als 500 Familien leben. Unterstützt von der NRO FASE wurde bereits 1997 die *Associação Agroecológica Arpa* gegründet, welche als erste Organisation des Bundesstaates nach den Prinzipien der Agroökologie wirtschaftete. Im vergangenen Jahr war *Arpa* in vier Gemeinden vertreten und zählte 104 Familien als Mitglieder. Die Produktion von *Arpa* reicht für die Versorgung von ca. 750 Familien durch die Programme *Programa de Aquisição de Alimentos (PAA)* und *Programa Nacional de Alimentação Escolar (PNAE)* (Beschreibung PAA siehe Schwerpunktthema).

Die Ausbreitung der Monokultur um die Familienbetriebe führt zu einem Austrocknen der Flussläufe und erschwert dadurch den Zugang zu Trinkwasser sowie Wasser für die Beregnung der landwirtschaftlichen Flächen. Hinzu kommt die mit Flugzeugen breit gestreute Ausbringung von Agrargiften, die nicht selten auch die Flächen der Familienbetriebe betrifft und auch vor Wohngebieten nicht Halt macht.

Diese breite Ausbringung von Agrargiften führt zu schwerwiegenden gesundheitlichen Konsequenzen für die Bevölkerung und zerstört Fischereibetriebe sowie Trinkwasservorräte der Städte. Außerdem sind die Arbeitsbedingungen in den Zuckerrohrfeldern so schlecht, dass kaum jemand länger als zwölf Jahre arbeiten kann. Hinzu kommt, dass die Arbeitsmöglichkeit auf die Erntezeit zwischen März und Oktober begrenzt ist.

Trotz dieser massiven Beeinträchtigungen zielt die lokale Regierung auf weitere Expansion der Agroindustrie ab. Hinzu kommt die Entdeckung von Eisen- und Phosphatvorkommen, die bald ausgebeutet werden könnten.

Die Studie kommt eindeutig zu dem Schluss, dass ein Ausbau der Lebensmittelversorgung durch familiäre Landwirtschaft und das gleichzeitige Ausweiten von Agroindustrie und Bergbau nicht kompatibel sind. Die Regierung muss sich entscheiden und kontaminierende Aktivitäten eindämmen, wenn sie die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung erhalten will.

Die Studie endet mit 26 Empfehlungen bzw. Forderungen an die politischen Entscheidungsträger. Unter anderem wird empfohlen, die Ausbringung von Agrargiften

durch Flugzeuge zu verbieten, ein Moratorium für den neuen Ausbau von Soja zu verhängen und Wochenmärkte für die Familienbetriebe zu fördern.

Die Studie ist unter folgendem Link abzurufen:

<http://www.actionaid.org.br/publications/biocombustiveis-energia-nao-mata-fome>

Die Klimaerwärmung als Lügenkonstrukt des globalen Nordens

Anlass für die folgenden Gedanken ist ein Text¹ von José de Souza Silva, einem Agrarökonom von der *Empresa Brasileira de Pesquisa Agropecuária* (EMBRAPA).

Der Text mit dem Titel *Aquecimento global. A "mentira premiada" que ameaça a vida no Planeta*, (Klimaerwärmung. Die „prämierte Lüge“ die das Leben auf dem Planeten bedroht) stellt die Klimaerwärmung in einen historischen Kontext von anderen vorgeblichen Lügen aus Europa, wie zum Beispiel der „Missionierung“ und „Heilbringung“ der europäischen Kolonisatoren seit dem 16. Jahrhundert. Er kritisiert an dieser Stelle zu Recht den Entwicklungsgedanken, der hinter der Missionierung steht. Die „Barbaren“ sollen zum „richtigen Glauben“ bekehrt werden – die „Wilden“ sollen „zivilisiert“ werden. In beiden Fällen geht es darum die Anderen dahingehend zu verändern, dass sie den Europäern gleichen. Auch die Unterteilung der Welt in unterentwickelte und entwickelte Länder steht ganz klar in einer Logik, in der die Einen die höhere und die Anderen die niedrigere Lebensform darstellen. Dieses Problem wird auch nicht aus der Welt geschafft, wenn die vorgeblich angestrebte Entwicklung „nachhaltig“ von statten geht.

Im weiteren Verlauf des Textes beschreibt der Autor José de Souza Silva die Forschungen im Bereich der tropischen Landwirtschaft und die Einrichtung entsprechender Botanischer Gärten und landwirtschaftlichen Forschungsinstitute als Speerspitze kapitalistischer Großkonzerne. Diese Akteure sichern sich durch international durchgesetzten Schutz des geistigen Eigentums eine privilegierte Situation um die Ausbeutung des Südens weiter voranzutreiben.

In den Augen von José de Souza Silva ist die internationale Klimadebatte lediglich der Versuch des Nordens von dem eigentlichen Problem abzulenken. Das eigentliche Problem ist das paradoxe Streben nach unendlicher Akkumulation von Reichtum auf einem endlichen Planeten. Einen Höhepunkt dieser vorgeblichen Kampagne stellt die Verleihung des Nobelpreises an Al Gore für seinen Film „Eine unbequeme Wahrheit“² dar.

In den folgenden zwei Kapiteln versucht der Autor wissenschaftliche Beweise gegen eine globale Klimaerwärmung vorzubringen bzw. vor allem die Argumente des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) zu widerlegen. An dieser Stelle will ich nicht in die Kontroverse um die globale Erwärmung³ einsteigen sondern betrachte seine Forderungen am Ende des Textes.

Als Folge der Debatte um die menschengemachte Erderwärmung beklagt der Autor völlig zu Recht eine Ökonomisierung der Natur. Diese wird als *bio-commodities* oder als Umweltleistung monetarisiert und die unsichtbare Hand der *green economy* soll dabei

¹ de Souza Silva, José: *Aquecimento global. A "mentira premiada" que ameaça a vida no Planeta*. 2014. (<http://www.reformaagrariaemdados.org.br/sites/default/files/Souza-UGT%201%C2%BA%20de%20Maio%202014.pdf>, abgerufen am 22.01.2014)

² http://de.wikipedia.org/wiki/Eine_unbequeme_Wahrheit

³ http://de.wikipedia.org/wiki/Kontroverse_um_die_globale_Erw%C3%A4rmung

helfen, die Welt zu retten. Der Kapitalismus in der Krise braucht neue Expansionsfelder und nutzt dafür die weltweite Aufmerksamkeit für den menschengemachten Klimawandel⁴. Die Vereinten Nationen und andere transnationale Institutionen legen Programme auf, die versuchen die Klimaerwärmung durch Marktmechanismen zu bekämpfen. Die Kritik an diesen marktbasieren Lösungen ist allerdings nichts Neues. Schon 2002 bezeichnete die "Delhi Climate Justice Declaration" die marktbasieren Lösungen als „falsche Lösungen“⁵. Die Basis der Klimabewegung lehnt bis heute die marktbasieren Lösungen ab.

Es mag durchaus zutreffend sein, dass sich der Kapitalismus im Rückenwind der Klimadebatte neue Märkte aufbaut, die die Natur und die Menschen in Brasilien bedrohen. Daher ist es notwendig, sich vehement gegen die marktbasieren „falschen Lösungen“ zu wehren. Dies ändert allerdings nichts daran, dass der menschengemachte Klimawandel Realität ist und bekämpft werden muss. Um den Klimawandel einzudämmen, müssen so viele fossile Brennstoffe wie möglich im Boden belassen werden und der Konsum der weltweiten Eliten muss sich massiv verändern.

Dies würde zum Beispiel bedeuten, die Ausbeutung des in Brasilien seit Jahren diskutierten „Pre-Sal“⁶ aufzugeben und den Lebensstil der brasilianischen Eliten radikal zu verändern.

Für deutsche Umweltverbände ist es einfacher den Stopp der Regenwaldrodungen in Brasilien zu fordern, als sich mit den Schwarzwaldbauern anzulegen, um dem Wald in Süddeutschland wieder mehr Platz zu verschaffen. Ebenso ist es für die brasilianischen sozialen Bewegungen einfacher, eine Konsumänderung im globalen Norden zu fordern und das internationale Kapital zu kritisieren.

Wer aber wahrhaftigen Wandel erreichen will muss dort für seine Ziele kämpfen wo der eigene Lebensmittelpunkt ist, in solidarischer Beziehung zu Bewegungen weltweit, jedoch ohne den anderen vorschreiben zu wollen, was zu tun sei, ohne mit gutem Beispiel voran zu gehen.

Schwerpunktthema: Ernährungssouveränität in Brasilien

Von Ernährungssicherheit zu Ernährungssouveränität

Das Konzept der *Ernährungssicherheit* bezieht sich auf die Verfügbarkeit von Nahrung und Zugang zu Lebensmitteln. Es basiert auf der neoliberalen Annahme, dass in einem globalisierten Weltmarkt jedes Land sich auf die landwirtschaftlichen Produkte konzentrieren

⁴ <http://storyofstuff.org/movies/story-of-cap-and-trade/>

⁵ http://www.akweb.de/ak_s/ak549/30.htm, zugegriffen am 22.01.2015.

⁶ <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/3730.html>, abgerufen am 22.01.2015.

sollte, die in dem vorhanden Klima am besten gedeihen. Die „unsichtbare Hand des Marktes“ solle dann für die Verteilung der Lebensmittel sorgen. Dadurch sollten die komparativen Standortvorteile für landwirtschaftliche Produktion effektiv genutzt werden und die Gesamtmenge der global verfügbaren Lebensmittel erhöht werden.

In der Konsequenz wurden Länder des globalen Südens vor allem vom IWF und der Weltbank dazu gezwungen, ihre Subventionen für die lokale Produktion von Grundnahrungsmitteln einzustellen. In der Folge konnten die Kleinbauern mit den Preisen für Grundnahrungsmittel auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren, weil die Europäische Union sowie die USA weiterhin ihre technologiebasierte Landwirtschaft finanziell massiv unterstützen.



Quelle: Reader – Die Zeit ist reif für Ernährungssouveränität – ÖBV, 2011

Die in den Ruin getriebenen Kleinbauern wanderten häufig mit samt ihren Familien in die Städte ab und beschleunigten die Urbanisierung. In vielen Fällen wurden Kleinbauern auch mit Gewalt(-drohungen) von ihrem Land vertrieben. Die frei gewordenen Flächen wurden von transnationalen Unternehmen übernommen, die für den Weltmarkt Soja, Ananas oder Palmöl produzierten.

Unter anderem weil die Politik der Ernährungssicherheit eben nicht zu einer guten Ernährung in vielen Teilen der Welt beitrug, haben Vertreter*innen der Nicht-Regierungs-Organisation *La Via Campesina* das Konzept der *Ernährungssouveränität* entwickelt. Ernährungssouveränität bezeichnet „das Recht aller Völker, Länder und Ländergruppen, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu definieren“. Dabei geht es in erster Linie von einer Abkehr exportorientierter, hin zu einer primär auf die lokalen Bedürfnisse ausgerichtete Produktion. Dabei wird nicht nur darauf geachtet, dass die Menschen genügend Kalorien zur Verfügung haben. Es geht darum, eine gesunde, ausgeglichene und kulturell angepasste Ernährung zu garantieren, die unter fairen Arbeitsbedingungen und mit Rücksicht auf die Umwelt produziert wurde.

Deshalb wollen wir den aktuellen Bericht den Initiativen und Projekten rund um die Ernährungssouveränität in Brasilien widmen.

PPA - Programa de Aquisição de Alimento

Das *Programa de Aquisição de Alimento* ist ein Regierungsprogramm, das Nahrungsmittel von Familienbetrieben aufkauft und an Schulen, Kindergärten, Wohnheime und bedürftige Bevölkerungsgruppen verteilt. Das Programm soll stabile Absatzmöglichkeiten für die familiäre Landwirtschaft bieten und die lokale Wirtschaft fördern.

Das Programm kauft vor allem Milchprodukte, Gemüse und Früchte von den Familienbetrieben. Seit seiner Einführung 2003 hat sich das Programm zum größten Einkäufer landwirtschaftlicher Produkte aus Familienbetrieben in Brasilien entwickelt. Beinahe die Hälfte (44 %) der am PPA beteiligten Betriebe befinden sich im Nordosten Brasiliens - einer Region in welcher der größte Teil der sozial Benachteiligten lebt.

Das Programm trägt gleichzeitig zur Ernährung sozial marginalisierter Bevölkerungsgruppen mit frischen Lebensmitteln und zur wirtschaftlichen Entwicklung von familiärer Landwirtschaft bei.

Die Familienbetriebe schließen sich oftmals zu Kooperativen zusammen, um mit dem PPA zusammen zu arbeiten. Im Jahre 2012 wurden knapp zwei Drittel der Produkte von Kooperativen gekauft, in denen sich die Familienbetriebe organisierten.

Bei der Auswahl der Verkäufer werden Familienbetriebe von Indigenen, Quilombolas, Ribeirinhos und angesiedelte Mitglieder der Landlosenbewegung bevorzugt⁷. Eine weitere Bevorzugung erhalten Produzenten, die mit agroökologischen Methoden anbauen⁸.

Das Programm wurde 2012 auch in fünf Afrikanischen Staaten angewendet um dort die lokale Wirtschaft zu stärken und die Schulspeisung zu diversifizieren⁹. Gemeinsam mit der FAO und dem *World Food Program* wird *PPA Africa* in Äthiopien, Niger, Mosambik, Senegal und Malawi implementiert¹⁰.

Die *Articulação Nacional de Agroecologia* (ANA) erkennt die bedeutenden Fortschritte des PPA-Programms bei der Hungerbekämpfung und der Inklusion von Familienbetrieben an. Allerdings gibt es auch 11 Jahre nach der Einführung des Programms einige Herausforderungen die angegangen werden müssen. Die ANA fordert zum Beispiel eine weitergreifende Strategie der Bundesregierung, was die Verteilung von Lebensmitteln angeht, um die Ernährungssituation weiter zu verbessern. Außerdem fordert die ANA eine stärkere Einbeziehung von Gemeinden in Amazonien, Indigenen und Quilombolas sowie eine stärkere Partizipation von Frauen im PPA. Des Weiteren sollte der Mehrwert der agroökologisch hergestellten Lebensmitteln sich auch im Preis wiederfinden, der von PPA bezahlt wird. Auch an der Kommunikation mit den Bezieher*innen der Lebensmittel, also den Bedürftigen und den Schulkindern muss noch gearbeitet werden. Diese wissen nur

⁷ http://www.ipc-undp.org/doc_africa_brazil/2.SESAN_PAA_Cesar%20Medeiros.pdf, S.10.

⁸ <http://www.mst.org.br/Novas-perspectivas-com-a-agroecologia-na-merenda-escolar>

⁹ <http://agenciabrasil.ebc.com.br/geral/noticia/2014-02/paa-africa-beneficia-agricultores-e-estudantes-em-cinco-paises-africanos>

¹⁰ <http://paa-africa.org>

selten, dass die Lebensmittel in Familienbetrieben der Region hergestellt wurden und identifizieren sich somit nicht mit den Lebensmitteln bzw. den Erzeugerbetrieben¹¹.

¹¹ Caderno Pedagógico: Agroecologia, desenvolvimento territorial e políticas públicas; Articulação Nacional de Agroecologia; Federação de Órgãos para a Assistência Social e Educacional – Rio de Janeiro, ANA / FASE, 2014, S. 75.

Solidarische Landwirtschaft in Brasilien: Solidarität, Gegenseitigkeit und Gemeinschaftsgefühl

Schriftliches Interview mit Alanda Lopes vom *Coletivo Outras Economias* (Kollektiv Andere Ökonomien) von Fabian Kern (KoBra)

FK: Bitte stelle Dich kurz vor!

AL: Ich bin Geografin und promoviere gerade an der *Universidade Federal Fluminense* in Niterói, Rio de Janeiro. Momentan bin ich auch Teil des Kollektivs „Andere Ökonomien“, das an das Forschungsprojekt *LEMTO* über soziale Bewegungen und Territorialitäten, angeschlossen ist. Das Projekt wird von Professor Carlos Walter Porto-Gonçalves geleitet und versammelt Forscher*innen und Aktivist*innen in einem Raum des Erfahrungsaustausches von Organisationsformen des ökonomischen Aktivismus.

FK: Du hast in Deutschland zu Solidarischer Landwirtschaft geforscht. Was hat Dich dazu bewegt?

AL: Ich arbeite schon seit meinem Magisterabschluss zum Thema Agrarökologie. Bereits damals haben wir die sozial-ökologische Nachhaltigkeit des in Brasilien entwickelten Biolandbaus in Frage gestellt. Auch wenn wir auf der einen Seite Fortschritte gemacht haben, bezüglich der Produktion und der Wertschätzung des Wissens um alternative Methoden und Techniken, stehen wir auf der anderen Seite immer noch vor großen Herausforderungen, was eine sozial gerechte Entwicklung auf dem Land angeht. Ökonomische Eliten dominieren in Brasilien den Biolandbau sowohl auf Seiten der Produzent*innen als auch auf Seiten der Konsument*innen. Der Zugang zu gesunden Lebensmitteln, der eigentlich allen Menschen garantiert sein müsste, ist letztlich beschränkt auf elitäre Marktnischen. Die familiären Landwirt*innen sind angesichts der geschlossenen und bürokratisierten Kreise des Biolandbaus dazu gezwungen, nach konventionellen Methoden mit Agrargiften zu arbeiten. Es ist notwendig, die Prinzipien und Praktiken des landwirtschaftlichen Produktionssystems als Ganzes besser zu verknüpfen. Dazu gehört auch eine kritische Reflexion über die Beziehungen zwischen Konsument*innen und Produzent*innen sowie zwischen Stadt und Land.

Dem vor fünf Jahren in Brasilien gestarteten Projekt zur Solidarischen Landwirtschaft *Community Supported Agriculture (CSA)*, liegt ein interessantes Konzept zu Grunde. Die Herausforderungen der Menschen, die auf dem Land produzieren, müssen mit den Ernährungsgewohnheiten der Gesellschaft verknüpft werden. In Brasilien befindet sich die sehr junge Bewegung der CSA in einem Expansionsprozess, die sich selbst nun Schritt für Schritt eine Kontur geben muss. Deutschland hat, im Vergleich zu Brasilien, schon viel

mehr Erfahrungen mit Solidarischer Landwirtschaft gesammelt.

FK: Was hast Du in Deutschland vorgefunden? Und wie ist die aktuelle Situation der Solidarischen Landwirtschaft in Brasilien? Wo siehst Du Ähnlichkeiten und wo Unterschiede?

AL: In Deutschland hatte ich die Möglichkeit, verschiedene CSA-Projekte kennenzulernen. Ich war in Freiburg, in München, Osnabrück und Berlin. Die Erfahrungen waren an jedem Ort sehr unterschiedlich. Sie spiegeln den Sinn der Gemeinschaft wider, welche keine strenge oder normierte Organisationsform vorgibt. Das Profil der Mitarbeiter*innen ist von Region zu Region aber auch innerhalb der Projekte sehr unterschiedlich. Die Motivationen erstrecken sich über viele Bereiche: gesunde Ernährung, Umwelt, Ernährungssouveränität, bis hin zu politischem Aktivismus. Der Hauptantrieb der Leute liegt jedoch in der sozialen Anerkennung und Wertschätzung der Verflechtungen von Produktionsabläufen, Verteilung und Konsum. Die Gemeinschaft wächst mit dem Gefühl der gegenseitigen Verbundenheit zusammen – ausgestattet mit ethischen Koordinaten, die die Suche nach der Überwindung der Grenzen zwischen Konsum und Produktion sowie zwischen Land und Stadt leiten. Dieser Prozess ist auch in Brasilien zu beobachten.

Die Debatte um die Förderung von alternativem Landbau mit ökologischer Ausrichtung, der sich vom Mainstream abgrenzt, ist in Brasilien noch relativ jung. Projekte der Solidarischen Ökonomie finden immer mehr Gehör im Land, aber sie kommen meist aus Produktionssektoren wie Kunsthandwerk oder größeren Kooperativen. Der Austausch mit dem Landwirtschaftssektor ist noch im Anfangsstadium begriffen und oftmals voller Widersprüche. Deshalb versuchen wir uns nicht an den Begriff „Solidarische Landwirtschaft“ zu binden, sondern ziehen das Konzept der „Gemeinwohlökonomie“ (economias comunitárias) vor, das noch nicht von der Normierung durch die Regierung kooptiert wurde.

FK: Was hat Deine Forschung mit dem Thema „degrowth“ zu tun?

AL: Ich versuche in meiner Forschung einen Blick auf die sozioökonomischen Handlungen zu werfen. Diese basieren, entgegen der Restriktionen des vorherrschenden Produktionsmodells, auf ethischen Werten wie Solidarität, Gegenseitigkeit und Gemeinschaftsgefühl. Die sozioökonomischen Handlungen bauen auf alternativen Formen der Organisation, Produktion und Verteilung auf. Mit diesen Strategien werden alte Praktiken von neuen sozialen Mechanismen der Wiederaneignung der materiellen Grundlagen des Lebens abgelöst. Das aktuell gültige Entwicklungsmodell mit seinen

massiven Auswirkungen auf Umwelt und soziale Gerechtigkeit wird herausgefordert. Die kritischen Überlegungen rund um maßlosen Konsum und Verteilungsungleichheit der Gewinne bringen zentrale Fragen der Idee des *degrowth* an die Oberfläche und machen sie zu einem Horizont für andere Formen der Lebensführung – nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial und damit politisch.

Übersetzt aus dem brasilianischen Portugiesisch von Yôko Woldering.

Hintergrundinformation: Die GartenCoop als Baustein einer anderen Gesellschaft

Die GartenCoop Freiburg ist ein Landwirtschaftsprojekt mit rund 300 Mitgliedern, die ihren Gemüseanbau solidarisch finanzieren. Alle packen tatkräftig mit an und teilen sich die Ernte. Gegründet wurde die GartenCoop vor fünf Jahren von Gärtner*innen, Landwirt*innen, Klimaaktivist*innen und Aktiven anderer sozialer Bewegungen verschiedenen Alters.

Seit 2011 wird auf neun Hektar Land in der Nähe von Freiburg ein konsequent ökologischer Gemüseanbau umgesetzt, für den 100% samenfeste Sorten zum Einsatz kommen. Durch die ausschließliche Verwendung dieser Samen werden kleine Züchterbetriebe und Gärtnereien unterstützt, die eine Saatgutvielfalt erhalten und lokal angepasste Sorten entwickeln.

Ziel der Kooperative ist es, die Mitglieder nicht nur mit saisonalem, ökologischem Gemüse zu versorgen, sondern sie auch an die Landwirtschaft heranzuführen. Durch regelmäßige Arbeitseinsätze bekommen die Mitglieder einen Einblick in die Arbeitsabläufe eines Gemüsebetriebs. Die Anmeldung zu den Arbeitseinsätzen sowie die Verteilung der produzierten Lebensmittel werden direkt von den Mitgliedern organisiert. Entscheidungen werden nach Möglichkeit im Konsens getroffen und auf regelmäßigen Versammlungen diskutiert. Das landwirtschaftliche Risiko einer schlechten Ernte wird solidarisch von allen gemeinsam getragen. Die Gärtner*innen werden nicht im Regen stehen gelassen, wenn es einmal nicht so gut läuft. Gleichzeitig wird durch einen selbst gewählten Mitgliedsbeitrag eine solidarische Beziehung zwischen den Mitgliedern geschaffen. Gegen Ende des Jahres wird ein Budget für das kommende Jahr aufgestellt, auf dessen Grundlage dann die Mitglieder ihr individuelles Gebot festlegen. Ziel ist es, dass die Summe aller Gebote die Kosten des Gemüseanbaus deckt.

Die Kooperative ist Teil einer gemeinschaftlichen Strategie, um den Folgen des Klimawandels, dem absehbaren Ende der fossilen Brennstoffe und der wachsenden Macht der Agrarindustrie über unsere Ernährung etwas entgegenzusetzen. Hier wird praktisch ausprobiert, wie Ernährung abseits des allgegenwärtigen Marktes und des herrschenden Dogmas „Wachse oder weiche!“ selbstbestimmt, regional, saisonal und ressourcenschonend umgesetzt werden kann. Es werden gesellschaftlich etablierte Macht- und Entscheidungshierarchien hinterfragt und die

demokratische Transformation der Gesellschaft im Kleinen ausprobiert.

Gemeinsam mit Initiativen wie dem Miethäuser-Syndikat ist die GartenCoop ein Baustein einer Gesellschaft, die nicht auf Wachstum und Gewinnmaximierung, sondern auf die konkrete Befriedigung von Bedürfnissen abzielt.

Deutschsprachige Literatur zum Thema Ernährungssouveränität:

<http://foodcoops.at/wp-content/uploads/2011/12/Brosch%C3%BCre-Ern%C3%A4hrungssouver%C3%A4nit%C3%A4t.pdf>

Aktivitäten im deutschsprachigen Raum und Internationales

„Die Landfrage ist entscheidend!“

Im Rahmen ihres Deutschlandaufenthaltes im Auftrag der AGEH und ihres Besuches bei der Diözese München Referat Weltkirche war Maria Oberhofer vom *Instituto Regional da Pequena Agropecuária* (IRPAA) am Nachmittag des 14.10.2014 zu Gast bei Campo Limpo im katholischen Pfarrzentrum in Puchheim. In dem Gespräch bestätigte Frau Oberhofer, dass für die nachhaltige Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft im semi-ariden trockenen Nordosten die Landfrage eine zentrale Rolle spielt. Ohne verbrieftes Recht auf eigenes Land können sich die Menschen mit Haus und Hof, mit Zisterne und Vieh nicht verlässlich niederlassen. Die IRPAA hat deshalb ihre Aufklärungsarbeit auf etliche Munizipien südlich des Rio São Francisco ausgeweitet, damit die Kleinbauern das Nutzungsrecht für ihre gemeinschaftlichen Weideflächen gemäß einem im Bundesstaat Bahia neu geschaffenen Gesetz auf 90 Jahre amtlich bestätigen lassen.

Das Landgesetz in Bahia besagt, dass die Familien das Land nutzen dürfen, dieses jedoch nicht als Eigentum übertragen wird. Lediglich ein kleines Stück Land ist jeweiliges Eigentum der Familien. Das Nutzungsrecht für die Weideflächen ist nach dem neuen Gesetz auf 90 Jahre begrenzt mit der Option auf Verlängerung. Dazu bedarf es aber der Registrierung der Gemeinden, dass sie sich als traditionelle Gemeinschaftsweide-Gemeinden verstehen, worauf sie einen Nutzungsvertrag mit dem Staat unterzeichnen müssen. Die Registrierung war zunächst bis Ende 2014 begrenzt, was den Verlust ihrer Gemeinschaftsflächen für die meisten Gemeinden bedeutet hätte, da dieses Gesetz den Menschen ja nicht bekannt ist. In zahlreichen Gesprächen mit Regierungsstellen und Politikern ist es IRPAA und anderen NRO's gelungen, diesen Termin auf das Jahr 2018 festzulegen. Auch dieser Termin ist eng und bedeutet eine große Anstrengung für die beteiligten NRO's, um alle Gemeinden zu informieren und den Menschen klar zu machen, dass diese Registrierung für sie existentiell ist. Es ist zu bedenken, dass das Land zur Registrierung ja auch noch vermessen werden muss.

Neben der rechtlichen Beratung der landwirtschaftlichen Familienbetriebe bietet das IRPAA auch technische Unterstützung an. So beraten zum Beispiel zwei Tierärzte die Betriebe bei der gesundheitlichen Versorgung des Viehbestands abseits des konventionellen Veterinärwegs der immer höheren Medikamentendosierung.

Bildungstage zu Ernährungssouveränität in Berlin

Vom 18.-20. Januar 2015 fanden in Berlin die Nyéléni-Bildungstage statt. Rund 80 Menschen aus verschiedenen Regionen des deutschsprachigen Raums tauschten sich über ihre lokalen Initiativen zum Thema Ernährungssouveränität aus, beteiligten sich an Workshops und trugen Ideen zusammen, was die Bewegung im deutschsprachigen Raum im kommenden Jahr auf die Beine stellen könnte.

Exemplarisch dokumentieren wir hier einige der angebotenen Workshops:

1. Einblicke in die bestehende Bewegung für Ernährungssouveränität im deutschsprachigen Raum
2. Kollektives Kritisches Kartieren (Mapping)
3. Moderationstechniken, gewaltfreie Kommunikation und Konsensfindung
4. Fundraising und interne Kommunikationstools
5. Vertiefung zu Ernährungssouveränität, Zusammenhänge mit Gender, Abgrenzung von rechtem Gedankengut, Agrarpolitik, etc.
6. Ideensammlung für Aktionen und Methoden in Regionalgruppen

Mehr Informationen zur Nyéléni Bewegung in Deutschland finden sich unter:
<http://nyeleni.de>

Wir haben es satt! - Demonstration gegen Tierfabriken

Wie die agrarpolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag Kirsten Tackmann klarstellt, ist es „gesellschaftlich nicht vertretbar, Futtermittel aus Brasilien einzukaufen, die unter sozial und ökologisch schwierigen Bedingungen hergestellt wurden - für Schweine, die wir hier mästen, aber nicht brauchen, sondern nach China exportieren.“¹²

Rund 50 000 Menschen (Veranstalterangabe) demonstrierten am 17.01.2015 in Berlin parallel zur „grünen Woche“, der weltweit größten Lebensmittelmesse, unter dem Motto „Wir haben es satt“. Bereits zum fünften Mal versammeln sich im Januar tausende Menschen, um von der Politik eine Agrarwende zu fordern. Ein Schwerpunkt der vielfältigen Demonstration sind die industriellen Tierfabriken vor allem im Norden Deutschlands. Obwohl das Tierwohl den öffentlichen Diskurs gegen die industrielle Tierhaltung bestimmen, weisen Umweltverbände und der Weltagrarbericht schon länger darauf hin, dass die Tiermast in Deutschland ohne den massiven Import von Futtermitteln aus Brasilien nicht denkbar wäre¹³.



Wir haben es satt! 2015, Quelle: <https://flic.kr/p/qQxCpT>

Richtungsweisend wird in diesem Jahr auch die Diskussion um die Düngemittelverordnung¹⁴ sein. Diese muss reformiert werden, weil die Belastung des Grundwassers, unter anderem durch die massive Ausbringung von Gülle aus der Massentierhaltung, in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Die Europäische Union

¹² Interview im Neuen Deutschland, <http://www.neues-deutschland.de/artikel/959071.landwirtschaft-muss-wieder-versorgen.html>, abgerufen am 21.01.2015.

¹³ <http://www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/fleisch-und-futtermittel/fleisch-und-futtermittel-volltext.html>

¹⁴ <http://www.agrarheute.com/tag/D%C3%BCngeverordnung>

hatte Deutschland im vergangenen Jahr mit einem Verfahren gedroht, sollte die Bundesregierung nichts unternehmen um die Grundwasserqualität zu verbessern¹⁵.

An dieser Stelle dokumentieren wir zwei Zitate aus der Pressemitteilung des Bündnisses:

<p>Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND: „Der Protest gegen die bisherige Agrarpolitik bringt erste Erfolge. Dank bundesweit rund 250 Bürgerinitiativen wurden mehr als 100 geplante Riesen-Ställe nicht gebaut. Endlich werden artgerechte Ställe stärker gefördert und Agrarminister Schmidt hat angekündigt, gegen den überhöhten Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung vorzugehen. Noch immer profitieren Fleischkonzerne und Handelsketten davon, dass die Agrarindustrie ihre Produktionskosten auf die Allgemeinheit abwälzt. Zugleich wächst das Bewusstsein der Verbraucher über die Risiken und Nebenwirkungen der industriellen Landwirtschaft. Die Lebensmittelerzeugung in bäuerlichen und mittelständischen Betrieben muss endlich vor unfairen Wettbewerbsbedingungen geschützt werden und mehr Anerkennung finden.“</p>	<p>Elizabeth Mpfu, Internationales Sekretariat von La Via Campesina: „Wir Kleinbauern brauchen Schutz vor einer Industrialisierung von Landwirtschaft und Ernährungssystemen, die im Namen von Fortschritt und Wachstum von den Multinationalen Konzernen, aber auch der Politik vorangetrieben wird. Eines von vielen negativen Beispielen, die eine Bedrohung von Kleinbauern darstellt, ist die sogenannte New Alliance for Food Security and Nutrition der G7 Staaten. Diese Initiativen stehen dafür was wir nicht wollen. Nicht in Afrika und nicht in Europa. Was wir fordern ist eine globale Ernährungswende im Sinne von Ernährungssouveränität und Agrar-ökologie.“</p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

¹⁵ http://www.kompost.de/uploads/media/Novelle_der_Duengeverordnung_DueV_vorraussichtlich_in_diesem_Jahr__HUK_05_2014.pdf, abgerufen am 21.01.2015